

BERLIN

Die Woche



Informationsschrift der CDU-Bundestagsabgeordneten Ingrid Fischbach (Wahlkreis Herne-Bochum II)

Liebe Leserinnen und Leser!

In dieser Woche traf der Deutsche Bundestag zum letzten Mal vor der Sommerpause zusammen. Ein Thema beherrschte die Plenumsdiskussion und damit auch die Medien: Schröders Regierungserklärung zur Steuerreform und die Antworten der Opposition.

Wir sind - ohne Ausnahme - für ein Vorziehen der Steuerreform, aber nur, wenn sie vernünftig und seriös gegenfinanziert ist. Dies ist im Augenblick nicht der Fall. Deshalb werden wir auf eine seriöse Gegenfinanzierung drängen und daran natürlich mitarbeiten. Dazu bietet sich die Sommerpause an.



Liebe Leserinnen und Leser, ich wünsche Ihnen und Ihren Familien eine schöne und erholsame Ferien - und Urlaubszeit.

Die nächste Ausgabe von **BERLIN** *Die Woche*  erscheint am 12.09.03

IFE

Ingrid Fischbach

In dieser Ausgabe

- Die politische Lage in Deutschland ...S.2
- Deutschland: Wachstumsbremse in Europa ...S.2
- Staatsverschuldung auf neuem Höchststand ...S.3
- Unterstützung der Augsburger Puppenkiste ...S.3
- Massiver Job-Verlust durch Firmenpleiten ...S.4
- Milliarden-Defizit bei BA ...S.4
- Duisenberg kritisiert Eichels Haushaltspolitik ...S.5
- WestLB-Affäre ...S.5
- Streik-Desaster für IG-Metall-Führung ...S.6
- Bevölkerung altert immer schneller ...S.6



Ingrid Fischbach MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (030) 227-71074
Fax: (030) 227-76436

ingrid.fischbach@bundestag.de

Die politische Lage in Deutschland



►► Der Haushaltsentwurf 2004 weist große Lücken und völlig illusorische Annahmen auf. So wird als Basis der Steuereinnahmen immer noch ein Wachstum von 0,75% in diesem Jahr und ein Aufschwung von 2% im kommenden Jahr angenommen. Die Ausgaben für die Bundesanstalt für Arbeit und die Arbeitslosenhilfe sind deutlich unter dem absehbaren Bedarf für dieses Jahr gedeckelt, obwohl niemand von einer Senkung der Arbeitslosenzahlen in 2004 ausgeht – eher von einer weiteren Erhöhung.

Die Schönrechnerei setzt sich also auch im dritten Jahr seit dem Wahlkampfhaushalt 2002 nahtlos fort. Zudem sind allem Anschein nach nicht einmal die geplanten vorgezogenen Steuerersenkungen eingearbeitet. Vorausgesetzt sind stattdessen eine ganze Reihe von Maßnahmen, die – mit Zustimmung des Bundesrates – überhaupt erst noch das Licht des Gesetzblattes erreichen müssen.

Bei den Maßnahmen zur Rente wiederum ist nichts Konkretes zu finden. Die Spekulationen über Nullrunden, Anhebungen der Krankenkassenbeiträge der Rentner oder eine weitgehende Auflösung der Schwankungsreserve gehen damit weiter. ◀◀

Deutschland: Wachstumsbremse in Europa

►► Nach einer neuen Weltkonjunkturstudie der Vereinten Nationen bremst Deutschland zunehmend das gesamteuropäische Wachstum. Sollte sich die Stagnation in Deutschland als größter Volkswirtschaft Europas fortsetzen, werde das Wirtschaftswachstum in den anderen westeuropäischen Ländern unter die für 2003 prognostizierten ein Prozent fallen, meint der Chefvolkswirt der UN-Wirtschaftskommission für Europa, Dieter Hesse. In dem Konjunkturbericht erwarten die UN-Wirtschaftsexperten für 2003 ein Wachstum der Weltwirtschaft

von 2%. Laut Hesse steckt Deutschland in ein einer tiefen Krise. Notwendig seien unter anderem eine Struktur-, Renten- und Gesundheitsreform. (Quelle: dpa 25.6.2003) ◀◀



Staatsverschuldung auf neuem Höchststand

▶▶ Laut Statistischem Bundesamt erhöhte sich der Schuldenstand der öffentlichen Hand im ersten Quartal 2003 auf 1.277 Milliarden Euro. Die Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden lagen in den ersten drei Monaten des Jahres um 2,8% **über** denen des Vorjahresquartals. Die Einnahmen erreichten hingegen nur das Niveau des Vorjahres. Daraus ergibt sich für das erste Vierteljahr ein um 10 % höheres Finanzierungsdefizit als 2002. Zu beachten ist, dass Quartalsrechnungen durch Sondereinflüsse keine genauen Hochrechnungen auf das Jahresdefizit erlauben. (Quelle: destatis 27.6.2003) ◀◀

Unterstützung der Augsburger Puppenkiste

Die Verankerung der psychosozialen Nachsorge für Familien mit schwerstkranken Kindern im SGB V ist Ziel einer Gesetzesinitiative, die die Augsburger Puppenkiste stellvertretend für den Augsburger "Verein für Familiennachsorge



Der Bunte Kreis" und das "beta-Institut" in Berlin überreicht hat. An dem Empfang mit Gesundheitsministerin Ulla Schmidt und dem gesundheitspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Horst Seehofer nahm auch Ingrid Fischbach, MdB als Mitglied der Kinderkommission teil.

Ingrid Fischbach, MdB mit Schauspielern der Augsburger Puppenkiste



Wußten Sie schon,

... dass 29 Millionen Sonnenbrillen nach Deutschland eingeführt wurden? Ihr Wert: 94,1 Millionen Euro. 67,5 Prozent der Brillen kamen aus China. Ihr Anteil am Gesamtwert lag allerdings nur bei 35,8 Prozent. In Deutschland wurden gut 70000 Sonnenbrillen produziert.

Massiver Job-Verlust durch Firmenpleiten



▶▶ Laut Berechnungen des Informationsdienstes Creditreform werden in der deutschen Wirtschaft in diesem Jahr allein durch einen neuen Pleiten-Rekord rund 650.000 Arbeitsplätze wegfallen. Damit werden in diesem Jahr 7% mehr Arbeitnehmer ihren Job durch Insolvenz verlieren als 2002. Von Januar bis Juni meldeten bundesweit rund 19.200 Unternehmen Insolvenz an; 4,6% mehr als im ersten Halbjahr 2002. Im Gesamtjahr erwartet Creditreform mehr als 40.000 Firmenpleiten. Während 2002 das Jahr der Mega-Pleiten mit zahlreichen Insolvenzen von Konzernen war, brächen 2003 vor allem kleine und mittelständische Betriebe zusammen. *„Der Mittelstand stirbt still und leise – aber er trägt die Hauptlast der Insolvenzen“*, sagt Creditreform-Hauptgeschäftsführer Helmut Rödl. (Quelle: dpa 26.6.2003) ◀◀

Milliarden-Defizit bei BA

▶▶ Allein bis Ende Mai hat die Bundesanstalt für Arbeit (BA) laut eigenen Angaben ein Defizit von 4,5 Milliarden Euro angehäuft. Einnahmen in Höhe von 19,9 Mrd. Euro stehen Ausgaben von 24,4 Mrd. Euro gegenüber. Zum Jahresende rechnet die BA mit einem Fehlbetrag von rund 7 Mrd. Euro. Das Defizit dürfte sogar noch größer ausfallen, da die BA für ihre Berechnung die optimistische Wachstumsprognose der Bundesregierung von 0,7% zugrunde legt. (FTD 27.6.2003) ◀◀

Duisenberg kritisiert Eichels Haushalspolitik

▶▶ Ungewöhnlich deutlich hat der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB) Wim Duisenberg die Finanzpolitik der deutschen Bundesregierung kritisiert. Befragt nach der für den Haushalt 2004 vorgesehenen Neuverschuldung sagte Duise-

berg in einem Interview mit dem ZDF: *"Die Richtung, in die das geht, macht mir Sorge - denn sie bedeutet, dass die Schulden ansteigen, die nach unten gebracht werden müssten."* Mit einem Anstieg der Neuverschuldung halte die Bundesregierung nicht ihr Versprechen, die Staatsverschuldung abzubauen. Dies betrachtet der EZB-Chef aber als dringend notwendig: *"Sie gewinnen das Vertrauen der Menschen nur, wenn die Politiker machen, was sie versprochen haben - und in diese Richtung geht es nicht. Deshalb macht es mir einige Sorgen"*, sagte Duisenberg mit Blick auf die derzeitige rot-grüne Finanzpolitik. (Quelle: Reuters 26.6.2003) Zu erinnern sei in diesem Zusammenhang an frühere Äußerungen von Bundesfinanzminister Eichel: *„Steuersenkungen, mit denen wir in neue Staatsschulden ausweichen, sind ein Betrug an den Steuerzahlern, denn sie bedeuten nur, dass wir die Steuererhöhungen der Zukunft vorbereiten, wenn wir Steuersenkungen heute mit Schulden finanzieren.“* (Rede an der Humboldt-Universität Berlin, 2000, Titel: „Finanzpolitik für das nächste Jahrzehnt). ◀◀



WestLB-Affäre

▶▶▶ Milliarden-Verluste aus riskanten Kreditgeschäften führten zum Rücktritt des Chefs der Westdeutschen Landesbank (WestLB), Jürgen Sengera. Inzwischen prüft die Staatsanwaltschaft, ob im Zuge der Misswirtschaft bei der Bank auch Betrug und Untreue im Spiel waren. Sengera war von Peer Steinbrück zu seiner Zeit als NRW-Finanzminister an die Spitze der WestLB geholt worden, um das landeseigene Finanzinstitut mit dem Ziel der Privatisierung neu auszurichten. Noch nicht einmal zwei Jahre nach dieser Personalentscheidung ist die Lage der Bank so schlecht, dass Steinbrück jetzt Schwierigkeiten hat, einen Nachfolger für den geschassten Manager zu finden. Noch unangenehmer für Steinbrück könnte allerdings die Frage werden, welche Verantwortung das als Haupt-Eigner für die Auf-



Spruch der Woche

"Sobald man nicht mehr Finanzminister ist, wird man wieder gegrüßt."

Theo Waigel
Ex-Bundesfinanzminister

sicht über die WestLB zuständige Land NRW – und damit die Landesregierung – für die Verlustgeschäfte trägt. <<<



Streik-Desaster für IG-Metall-Führung

▶▶ IG-Metall-Chef Jürgen Peters hatte es sich so schön ausgemalt: Mit einem von ihm initiierten erfolgreichen Arbeitskampf für die 35-Stunden-Woche in Ostdeutschland wollte er sich für die im Herbst bevorstehende Wahl zum Vorsitzenden der Metall-Gewerkschaft empfehlen. Jetzt kann Peters nur noch die totale Niederlage präsentieren: Der Streik wurde abgeblasen und statt der Arbeitszeitverkürzung für alle ostdeutschen Metallbetriebe konnten lediglich einige betriebliche Haustarife durchgesetzt werden, was letztlich die Aushöhlung des Flächentarifvertrages bedeutet. Kein Wunder, dass innerhalb der IG-Metall Stimmen laut werden, Peters möge auf seine Kandidatur für den Vorsitz verzichten. (Quelle: Süddeutsche Zeitung 30.6.2003) <<<

Bevölkerung altert immer schneller

▶▶ Das Statistische Bundesamt vermeldet in seiner aktuellen „Bevölkerungsvorausrechnung“ noch schlechtere Zahlen zur demographischen Entwicklung, als bisher angenommen:

- Im Jahr 2050 wird die Hälfte der Bevölkerung über 47 Jahre Ein Drittel der Deutschen wird über 60 Jahre alt sein.
- Jeder Zehnte wird über 80 Jahre als sein.
- Der Anteil unter 20-jährigen wird von derzeit 21% auf 16% sinken.
- Im Jahr 2020 kommen auf 100 Erwerbsfähige 55 Personen im Rentenalter (heute: 44).
- Im Jahr 2050 wird die Bevölkerung in Deutschland auf 75 Millionen Menschen geschrumpft sein.

(Quelle: Die Welt 7.6.2003) <<<



... das Allerletzte!

Eigentlich werden die Deutschen Bestsellerlisten immer von Büchern angeführt, die in deutscher Sprache erschienen sind. Jetzt aber hat erstmals ein englischsprachiger Titel den ersten Platz belegt: "Harry Potter and the Order of the Phoenix", der fünfte Band der Romanreihe von Joanne K. Rowling. An einem einzigen Wochenende wurden in Deutschland 450000 Stück verkauft. Das Buch ist fast vergriffen und erst in wenigen Wochen wieder lieferbar.